

PDS/Offene Liste:

Stoppt Vernichtung der Arbeitsplätze

In letzter Zeit gehen immer wieder Meldungen durch die Medien von Arbeitsplatzabbau und -verlagerung. Großes Jammern geht durch die Bänke der Arbeitgeberverbände. In Deutschland seien die Ämter zu bürokratisch, die Arbeitskosten und Steuern zu hoch und die MitarbeiterInnen und Tarifverträge zu unflexibel.

Um wenigstens ein paar Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten seien drastische Einsparungen gefordert, die natürlich bei den lohnabhängig Beschäftigten!

Siemens zum Beispiel will Arbeitsplätze gen Osten verlagern. Und das nach dem man in Deutschland jahrelang Subventionen kassiert und sich Vorstandsvorsitzender Heinrich von Pierer auf Aktionärsversammlungen gebrüstet hat, dass Siemens keinen Cent Steuern gezahlt habe.

Übrigens war es der Süddeut-

schen Zeitung sogar eine Titelseitenmeldung wert, dass Daimler-Chrysler nach gut zehn Jahren wieder zu den Steuerzahlern gehört. Wie wäre es denn, wenn man die Arbeitsplätze von Heinrich von Pierer und Co, die sich letztes Jahr mal wieder eine satte Gehaltserhöhung von 28 Prozent genehmigt haben, ins Ausland verlagerte.

In Rumänien könnte man bestimmt einen so genannten Spitzenmanager brauchen, der für ein Zwanzigstel des Gehaltes arbeitet. Da dies ja wohl nicht passieren wird, können wir uns mit immer neuen „Nullrunden“, weg gekürztem Weihnachtsgeld oder gleich der Arbeitslosigkeit anfreunden.

Das einzige Ziel hinter dieser immer unverhohlener vorgebrachten Sozial- und Arbeitsplatzabbau-logik ist doch die weitere Profitmaximierung durch Ausbeutung der Beschäftigten. Fragt sich nur, wer die produzierten

Waren noch kauft, denn von den hier immer kärglicher werdenden Sozialleistungen und von den gezahlten Niedrigstlöhnen kann sich das keiner mehr leisten.

Lohndumping schafft keine Arbeitsplätze sondern vernichtet sie. Lohndumping verringert die Massenkaukraft, dies wiederum spüren viele Einzelhändler.

Deshalb ein klares „Nein“ zur Arbeitszeitverlängerung, „Nullrunden“, Weihnachts- und Urlaubsgeldkürzungen und der Agenda 2010.

Die PDS hat schon länger mit der Agenda Sozial ein Konzept der gerechten Reform der sozialen Sicherungssysteme und für mehr Beschäftigung. So muss Profit stärker als bisher besteuert, eine Wertschöpfungsabgabe erhoben und der Rüstungsetat gekürzt werden. Mehr zur Agenda Sozial im Internet unter: www.sozialisten.de.



Harry Gohr (Foto links) Bürgermeisterkandidat der PDS/Offene Liste zum Thema Arbeitsplatzverlagerung:

Diese unsoziale Entwicklung muss gestoppt werden, auch wenn der Chef des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) die mittelständische Industrie aufgefordert hat, noch mehr Arbeitsplätze in so genannte Billiglohnländer zu verlagern. Hier ist die Politik gefordert. Gesetze müssen die Abwanderung ins Ausland verhindern. Selbst Bundeskanzler Schröder nannte die Haltung des DIHK-Chefs „unpatriotisch“. Trotzdem will er, der Kanzler, seine unsoziale Agenda 2010 weiter durchpeitschen. Immer mehr Menschen werden in Armut getrieben, die Umverteilung von unten nach oben nimmt ihren Lauf. Die PDS setzt mit ihrer Agenda Sozial dagegen. Sie fordert u. a. wieder die Vermögenssteuer, eine Ausbildungs- und Wertschöpfungsabgabe. Der in Artikel 20 des Grundgesetzes gesicherte Sozialstaat muss erhalten bleiben. Deshalb kandidiere ich für die **PDS/Offene Liste**.

Ihr Harry Gohr